

Wege in die moderne Gesellschaft

1. M-E-Niveau Vertiefung: Sammlung der Leistungen / Entwicklung der staatlichen Sozialversicherungen

- als mögliche Vorstruktur zur unten genannten Ergebnissicherung, wenn die Schülerinnen und Schüler diese mit Gesetzesquellen erarbeiten.
- neben der Nutzung als Individualisierung / Binnendifferenzierung auch als Projektunterricht umsetzbar:

A. M-Niveau Vorgehen: Aufteilung der Klasse in drei Gruppen mit dem untenstehenden Auftrag.
E-Niveau-Vorgehen: Einzelarbeit mit dem Auftrag der Erarbeitung von Beiträgen und Leistungen folgender Versicherungen:

- Krankenversicherung: <https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/krankenversicherungsgesetz-krankenkassengesetz-vom-15-juni-1883/>
- Unfallversicherung: <https://de.wikisource.org/wiki/Unfallversicherungsgesetz>
- Invaliden- und Altersversicherung: https://de.wikisource.org/wiki/Gesetz,_betreffend_die_Invalidit%C3%A4ts-_und_Altersversicherung

mit den angegebenen Links und einer Internet-Recherche

B. M-E-Niveau mögliche Arbeitsaufträge:

1. Füllen Sie die Tabelle aus. Erklären Sie die wesentlichen Bestimmungen der Sozialpolitik im Kaiserreich.
2. **Nur E-Niveau:** Vergleichen Sie diese mit heute. Stellen Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede dar.
3. Ordnen Sie die Höhe der Unterstützungszahlungen begründet ein.
4. **Nur E-Niveau:** Erörtern Sie mögliche Ziele des Staates die Leistungen der Versicherungen betreffend.

C. Tabelle leer:

| Das Ziel der staatlichen Sozialversicherungen im Kaiserreich - wirkliche VERSICHERUNGEN zu sein? Eine Sammlung der Leistungen / Entwicklung der staatlichen Sozialversicherungen | | | |
|--|-----------------------|----------|------------|
| Einführung Jahr | Gesetz / Versicherung | Beiträge | Leistungen |
| 1883 | | | |
| 1884 | | | |
| 1889 (1911) | | | |
| Fazit: | | | |
| Folge: | | | |

D. Mögliche Lösung zur Tabelle:

| Das Ziel der staatlichen Sozialversicherungen im Kaiserreich - wirkliche VERSICHERUNGEN zu sein? | | | |
|--|--|---|---|
| Eine Sammlung der Leistungen / Entwicklung der staatlichen Sozialversicherungen | | | |
| Einführung Jahr | Gesetz / Versicherung | Beiträge | Leistungen |
| 1883 | Krankenversicherung für gewerbliche Arbeiter | 2-3% des Lohns, 2/3 vom Versicherten, 1/3 vom Arbeitgeber zu tragen | Ärztliche Behandlung, Medizin und Krankenhauskosten, vom 3.Tag an bis zu 13 Wochen lang Krankengeld (50% des Durchschnittslohns, max. 2 Mark/Tag) |
| 1884 | Unfallversicherung für gewerbliche Arbeiter | Als Haftpflicht vom Arbeitgeber zu zahlen | Bei anhaltender Arbeitsunfähigkeit nach Unfall von der 14.Woche an Kosten des Heilverfahrens, bei völliger Erwerbsunfähigkeit Rente in Höhe von 2/3 des Jahresdurchschnittsverdienstes (1/5 für Witwen) |
| 1889 (1911) | Invaliden- und Altersversicherung für gewerbliche und Landarbeiter (auch für Hinterbliebene) | 1% (ab 1900 1,5-3%) des Lohns, je zur Hälfte von Arbeitgeber und Versicherten zu tragen | Invalidenrente bei Erwerbsunfähigkeit in Höhe von 115 bis 140 Mark/Jahr, Altersrente ab 70.Lebensjahr und 30 (ab 1900 24) Beitragsjahren in Höhe von 106 bis 190 Mark/Jahr |
| <p>Fazit: Absicht des Staates bestand <u>nicht</u> in einer völligen Absicherung der Risiken der Arbeiter, <u>sondern</u> in der Gewährung eines Beitrags, den die kranken, verunfallten, invaliden oder alten Arbeiter für die sie pflegenden Familien leisten konnten</p> <p>Folge: Belassung der Hauptsorge für die beruflichen Risiken bei den Arbeitern und ihren Familien selbst</p> | | | |

2. G-M-E-Niveau Vertiefung: Die Versuche zur Lösung der Sozialen Frage „von oben“ am Beispiel der staatlichen Sozialpolitik - eine wirkliche Hilfe für die Arbeiter!?

M1: Begründung - Aus zwei Reden Bismarcks vom 15. und 20. März 1884 im Reichstag¹

... der dritte Zweig der Reformen, die wir erstreben, liegt in der direkten Fürsorge für die Arbeiter. *Die Frage von Arbeitszeit und Lohnhöhe ist durch staatliche Einwirkung überhaupt durch Gesetze außerordentlich schwierig zu lösen, durch irgendeine Gesetzgebung, die man macht, läuft man Gefahr, in die persönlichen Freiheit, seine Dienste zu verwerten, sehr erheblich und unnützlich einzugreifen. Denn wenn man die milchgebende Kuh oder die eierlegende Henne mit einem Male schlachtet, so geht damit die Industrie ein, um die es sich handelt, weil sie die ihr aufzuerlegende Last der kurzen Arbeit für hohe Löhne nicht tragen kann. Dann leidet darunter der Arbeiter ebenso wie der Unternehmer. Das ist also die Grenze, die geboten ist, und vor der jede gesetzliche Einwirkung haltmachen muss. Ich habe darüber auch nur sporadisch² lokale Klagen gehört.* Der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters ist die Unsicherheit seiner Existenz. Er ist nicht sicher, dass er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, dass er immer gesund ist, und er sieht voraus, dass er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird. Verfällt er aber der Armut auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin seinen eigenen Kräften vollständig hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären³ Krankenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat. Die ordinäre Armenpflege lässt aber nicht viel zu wünschen übrig ... Für den Arbeiter ist da immer eine Tatsache, dass der Armut und der Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen, gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn feindlich und misstrauisch gegen die Gesellschaft. Das ist menschlich nicht unnatürlich, und solange der Staat ihm da nicht entgegenkommt, oder solange er zu dem Entgegenkommen des Staates kein Vertrauen hat, da wird er, wo er es finden mag, immer wieder zu dem sozialistischen Wunderdoktor⁴ laufen, und ohne großes Nachdenken sich von ihm Dinge versprechen lassen, die nicht gehalten werden. Deshalb glaube ich, dass die Unfallversicherung ... doch mildernd auf die Besorgnis und die Verstimmung der arbeitenden Klassen wirken wird. Ganz heilbar ist die Krankheit nicht, aber durch die Unterdrückung äußerer Symptome derselben, halten wir sie nur auf und treiben sie nach innen.

Auszüge aus den Protokollen der o.g. Reichstagssitzung unter: https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k5_bsb00018445_00000.html ff. sowie https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k5_bsb00018445_00161.html ff. - letzter Zugriff 26-11-2020; copyright: digitalisierte Protokolle verschiedener Institutionen aus den Jahren 1867 bis 1938 – digitalisiert in den Jahren 1997 bis 2009 - Digitalisierung durch Münchner Digitalisierungszentrum-Digitale Bibliothek, DFG: Bayerische Staatsbibliothek)

M2: Begründung – Bismarck in einer Rede am 18. Mai 1889 vor dem Reichstag

Wenn wir 700.000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Rente beziehen, haben, gerade in diesen Klassen, die sonst nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, dass sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil; wenn sie auch 115-200 Mark zu verlieren haben ... es hält sie aufrecht ... Ich glaube, wenn Sie und diese Wohltat von mehr als einer halben Million kleinen Rentner im Reiche schaffen können ..., (wird der) gemeine Mann das Reich als eine wohltätige Institution ansehen.

(https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k7_bsb00018655_00000.html, letzter Zugriff 26-11-2020; copyright: s.o.)

¹ Kursiv Gedrucktes nur für E-Niveau, unterstrichene Worterklärungen als Hilfe für G-M-Niveau.

² vereinzelt vorkommend, nur selten, gelegentlich

³ Ganz gewöhnlich, ganz alltäglich

⁴ SPD

AB 7 – Vertiefung - Basis – G-M-E-Niveau
Versuche zur Lösung der Sozialen Frage

G-M-E-Niveau mögliche Arbeitsaufträge⁵:

1. Erläutern Sie, welche Probleme mit den Pflichtversicherungen in Angriff genommen wurden. Begründen Sie, welche unberücksichtigt blieben.
2. Analysieren Bismarcks Absichten und Ziele mit seiner Politik der Sozialversicherungen (M1, 2).
3. Problematisieren Sie die Eignung dieser Maßnahmen, um die Ausbreitung der Arbeiterbewegung zu verhindern.

Mögliche Ergebnissicherung als Lösung:

| | | |
|--|--|--|
| Die Versuche zur Lösung der Sozialen Frage „von oben“ am Beispiel der staatlichen Sozialpolitik - eine wirkliche Hilfe für die Arbeiter!? | | |
| Zwar: Einführung von Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung | | Aber: Rente reicht nicht zum Leben, ist aber zu hoch zum Sterben |
| Zwar: Beteiligung an der Aufbringung der Beiträge durch Arbeitgeber und Fabrikherren | | Aber: Verbot aller gewerkschaftlicher Organisation, Streiks und betrieblicher Mitbestimmung |
| Zwar: Versuch einer Entfremdung der Arbeiter von der SPD („Zuckerbrot und Peitsche“) und Gewinnung derselben für den (Obrigkeits-) Staat | | Aber: Verweigerung der Eingliederung seitens der Arbeiter in die Gesellschaft des Kaiserreichs sowie der politischen Anerkennung – Entfremdung der Arbeiter vom (Obrigkeits-)Staat |
| Versuch einer Lösung der Sozialen Fragen „von oben“ – patriarchalische Sozialpolitik seitens des Staates | | |
| Fazit: Maßnahmen des Staates waren keine wirkliche Hilfe für die Arbeiter Selbsthilfe vonnöten | | |

⁵ Für G-Niveau empfohlen in Think-Pair-Share arbeitsteilig, für M-Niveau empfohlen in Partnerarbeit und für E-Niveau empfohlen in Einzelarbeit - beides arbeitsgleich.